



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 04.10.2016

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Günter Beck
Kurt Merkator
Karin Eder
Marianne Grosse

Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Claus Berndroth
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Nurhayat Canpolat
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Klaus Hafner
Ansgar Helm-Becker
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann, MdL
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Amin Kondakji
Walter Koppius
Martina Kracht
Thorsten Lange
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eckart Lensch
Dr. Sabine Littig
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler
Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler

Thomas Neger
Anette Odenweller
Ann Kristin Pfeifer
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Claudia Siebner
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein
Dr. Peter Tress
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer, MdL
Christine Zimmer

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Beigeordneter Christopher Sitte

Ursula Groden-Kranich, MdB
Waltraud Hingst
Antje Kuessner
Ilona Schäfer
Norbert Solbach

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Klärschlammverbrennungsanlage Mombach (FW-G)
2. Städtische Rücklagen für die Versorgung von Beamtinnen/Beamte (FW-G)
3. Städtische Geschäftsbeziehungen zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG (Mainzer Bürgerfraktion)
4. Islamunterricht an Mainzer Schulen (PRO MAINZ)
5. Sachstand Klage der Deutschen Umwelthilfe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Situation der PMG-Parkhäuser (FDP)
7. Alters- und Geschlechtsstruktur der Flüchtlinge in Mainz (FDP)
8. Einführung der Ehrenamtskarte (FDP)
9. Ausreisepflichtige Asylbewerber (FDP)
10. Vermögenswerte der Stadt Mainz in anderen Gemeinden (ÖDP)
11. Geplantes Sozialprojekt „Für den Nächsten“ (CDU)
12. Offener Brief zum Liniennetz 2017 (CDU)
13. Förderprogramm der Bundesregierung „National wertvolle Kulturdenkmäler“ (CDU)
14. Verträge der Verwaltung mit Landwirten aus Bretzenheim und Gonsenheim (CDU)
15. Internetgeschwindigkeit im Wirtschaftspark Hechtsheim (CDU)
16. Nutzung der Wirtschaftswege nach Konzerten auf dem Messegelände in Hechtsheim (CDU)
17. Beobachtung von Vereinen durch den Verfassungsschutz (CDU)
18. Beschädigung Rinneplatten Saarstraße (CDU)
19. Probleme beim Bau der Mainzelbahn und im Straßenbahnverkehr (CDU)

20. Straßenmusik im öffentlichen Raum (CDU)
21. Schäden am Zentrum für Baukultur (CDU)
22. Erweiterung Wertstoffhof Emy-Roeder-Straße (FW-G)
23. Planung Bürgerhäuser (FW-G)
24. Stellenstreichung in der Lehrerschaft (FW-G)
25. Taubertsbergbad (ÖDP)
26. Mitnahme von E-Scootern in Bus und Straßenbahn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
27. Stand Asylverfahren bei Geflüchteten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
28. Verpflegung an Kindertagesstätten und Schulen (DIE LINKE)
29. Übersetzte Informationen an Kindertagesstätten (DIE LINKE)
30. Datenumgang bei Verwaltung und stadtnahen Betrieben (DIE LINKE)
31. Kulturentwicklungskonzept Mainz (SPD)
32. Zuschüsse für den Badebetrieb Taubertsbergbad und Mombach (DIE LINKE)
 - 32.1. Infrastrukturmanagement: Baustellen besser koordinieren (ÖDP)
33. Fragestunde
43. Doppelhaushalt 2017 / 2018 (Verwaltungsentwurf)
 - 43.1. Stellenplan 2017/2018
 - 43.2. Doppelhaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2017/2018 (Verwaltungsentwurf)

Anträge

34. Kostenfreies WLAN in Mainz weiter ausbauen (CDU)
35. Sicherung des Einzelhandels durch Änderung der Satzung der Stellplatzverpflichtungen (Mainzer Bürgerfraktion)
36. Umsetzung der Möglichkeiten der neuen Gemeindeordnung (Mainzer Bürgerfraktion)
 - 36.1. Umsetzung der Möglichkeiten der neuen Gemeindeordnung (Mainzer Bürgerfraktion)
37. Taubertsbergbad - Weiterbetrieb sichern (gem. Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 37.1. Gemeinsamer Änderungsantrag DIE LINKE und ÖDP zum gem. Antrag: Taubertsbergbad - Weiterbetrieb sichern (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

- 38. Elterninitiativen stärken (CDU)
 - 38.1. gem. Änderungsantrag (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) zu:
Elterninitiativen stärken (CDU)
- 39. QR-Codes auf ausgewählten Stelen zur Mainzer Geschichte (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)
- 40. Männliche Erzieher und Lehrer in Mainz fördern (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)
 - 40.1. Ergänzungsantrag (DIE LINKE) zu Männliche Erzieher und Lehrer in Mainz fördern (SPD, Bündnis90/Grüne, FDP)
- 41. Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts (DIE LINKE)
 - 41.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD,B 90/DIE GRÜNEN, FDP)

TEIL II

- 66. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

- 42. Sachstandsberichte
- 44. Dezernatsverteilung
- 45. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und sonstigen Gremien der Landeshauptstadt Mainz
- 46. Übertragung der Aufgabe Beschaffung und Betrieb von E-Government-Basissystemen
- 47. Umsatzsteuer
- 48. Wirtschaftliche Beteiligungen
- 49. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
- 50. 4. Fortschreibung des Zentrenkonzepts Einzelhandel - Fortschreibung Mainzer Sortimentsliste
 - 50.1. Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 0644/2016 "4. Fortschreibung des Zentrenkonzepts Einzelhandel – Fortschreibung Mainzer Sortimentsliste“ (CDU)
 - 50.2. Änderungsantrag zur gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Bau- und Sanierungsausschusses am 29. September 2016 zur Beschlussvorlage 0644/ 2016 – Zentrenkonzept, Keine Streichung des Fahrradhandels (ÖDP)
- 51. Einrichtung einer neuen städtischen Kindertagesstätte in der Mainzer Neustadt, Zollhafen

52. Fortführung und Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Römerquellen-Treff, Mainz-Finthen in den Jahren 2017 – 2020 im Rahmen des neuen Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus
53. Einrichtung eines Zweiten Mehrgenerationenhauses in Mainz und Förderung des Trägers Stadtteiltreff Gonsenheim e.V. im Rahmen des neuen Bundesprogramms MGH in den Jahren 2017 – 2020
54. Erweiterung der Grundschule Schillerschule in Mainz-Weisenau
55. Bebauungsplanverfahren "B 163" (Aufstellung, Planstufe I)
56. Bebauungsplanentwurf "Römersteine / Backhaushohl (O67)"
57. Straßenbenennung in Mainz-Neustadt
58. Antrag der Paul Parey Invest GmbH vom 15.01.2016 zur Einleitung eines Verfahrens für den Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) „Medienwerkstatt mit Studierendenwohnheim“ gem. § 12 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes „Kisselberg (G 112)“
59. Beitritt der Stadt Mainz zum Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit "Interregional Alliance for the Rhine-Alpine-Corridor EVTZ"
60. Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld
61. Handlungsstrategie Elektromobilität
62. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Schönbornstraße
63. Beschlussvorlage zu Antrag Nr.0403/2016 der SPD Ortsbeiratsfraktion Mainz-Weisenau
64. Antrag Nr. 0894/2016 ÖDP-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Oberstadt

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

65. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 65.1. Gremienbesetzungen
 - 65.2. Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.
67. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

b) nicht öffentlich

- 68. Personalangelegenheiten
- 69. Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft
- 69.1 Insolvenzantragsverfahren Taubertsbergbad Mainz Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
- 70. Grundstücksangelegenheiten
- 71. Personalangelegenheit (Anfrage CDU)

Der Vorsitzende eröffnet um 15:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Nachdem sich der Rat von seinen Sitzen erhoben hat, gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Ratsmitgliedes Heinz Dreibus sowie des Beigeordneten und Kulturdezernenten Dr. Anton Maria Keim.

Zur Tagesordnung wird mitgeteilt:

Der Tagesordnungspunkt „Doppelhaushalt 2017/2018“ soll nach den Anfragen behandelt werden.

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 1428/2016 wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 32.1 behandelt.

Zu den Punkten 36, 37, 38, 40, 41 und 50 wurden Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge eingereicht.

Zusätzlich aufgenommen wird unter Tagesordnungspunkt 69.1 eine Bürgschaftsangelegenheit.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass sich der Ältestenrat für die Redezeiten nach der Geschäftsordnung entschieden habe.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Klärschlammverbrennungsanlage Mombach (FW-G)**
Vorlage: 1113/2016

Auf Zusatzfrage von Herrn Mehler, ob im Falle der Nichtlieferung der vereinbarten 35.000 t sich eventuell die Schmutzwassergebühren erhöhen würden, antwortet Frau Beigeordnete Eder, dass dies – wie in der Antwort dargelegt – nicht erfolgen werde, da die Liefermengen vertraglich verankert seien.

Punkt 2 **Städtische Rücklagen für die Versorgung von Beamtinnen/Beamte (FW-G)**
Vorlage: 1114/2016

Der Stadtrat nimmt die Antwort des Oberbürgermeisters ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 3 **Städtische Geschäftsbeziehungen zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG (Mainzer Bürgerfraktion)**
Vorlage: 1117/2016

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 4 **Islamunterricht an Mainzer Schulen (PRO MAINZ)**
Vorlage: 1192/2016

Die Frage nach der Höhe der Zuschüsse an den Arab Nil Verein wird von Herrn Beigeordneten Merkator dahingehend beantwortet, dass diese den vom Stadtrat beschlossenen Beiträgen entsprechen.

Punkt 5 **Sachstand Klage der Deutschen Umwelthilfe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1390/2016

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 6 **Situation der PMG-Parkhäuser (FDP)**
Vorlage: 1392/2016

Vom Zwischenbericht von Frau Beigeordneter Eder wird Kenntnis genommen.

Punkt 7 **Alters- und Geschlechtsstruktur der Flüchtlinge in Mainz (FDP)**
Vorlage: 1393/2016

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 8 **Einführung der Ehrenamtskarte (FDP)**
Vorlage: 1394/2016

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 9 **Ausreisepflichtige Asylbewerber (FDP)**
Vorlage: 1396/2016

Die Anfrage wurde von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 10 **Vermögenswerte der Stadt Mainz in anderen Gemeinden (ÖDP)**
Vorlage: 1398/2016

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 11 **Geplantes Sozialprojekt „Für den Nächsten“ (CDU)**
Vorlage: 1399/2016

Der Stadtrat nimmt die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 12 **Offener Brief zum Liniennetz 2017 (CDU)**
Vorlage: 1400/2016

Zu der vorliegenden Antwort gibt Frau Flegel zu Protokoll, dass es in der genannten Aufsichtsratssitzung sehr wohl gegensätzliche Wortmeldungen gegeben habe. Im Übrigen fragt sie nach, warum der Schriftverkehr den Aufsichtsratsmitgliedern erst sechs Wochen später zuge stellt worden sei und nicht unmittelbar im Anschluss an die Aufsichtsratssitzung.

Hierzu erklärt Frau Beigeordnete Eder, dass ein gemeinsamer Termin mit den Betriebsräten stattgefunden habe und der Brief – wie im Aufsichtsrat vereinbart – als Anlage dem Protokoll beigefügt worden sei.

Eine weitere Frage, warum den Mitgliedern der SPD und der GRÜNEN im Aufsichtsrat der Brief bekannt gewesen sei, den Mitgliedern der CDU jedoch nicht, erläutert Herr Oberbürgermeister Ebling, dass nur der Absender des Briefes entscheiden könne, wem dieser zugesandt werde. Selbst die Aufsichtsratsvorsitzende habe erst nach der Sitzung Kenntnis davon erhalten.

Punkt 13 **Förderprogramm der Bundesregierung „National wertvolle Kulturdenkmäler“ (CDU)**
Vorlage: 1401/2016

Auf Zusatzfrage von Herrn Dr. Reinbold, wie hoch die Bewilligungsquote sei, erläutert Frau Beigeordnete Grosse, dass der Zeitraum begrenzt gewählt worden und die Bewilligungsquote sehr hoch gewesen sei.

Eine weitere Zusatzfrage, ob es noch detailliertere Auflistungen gäbe, beantwortet Frau Grosse dahingehend, dass die Daten der Vergangenheit (ab 2005) nachgereicht werden können.

Punkt 14 **Verträge der Verwaltung mit Landwirten aus Bretzenheim und Gonsenheim (CDU)**
Vorlage: 1402/2016

Bezüglich der Antwort zu Frage 4 fragt Frau Flegel nach, bis wann mit den Vertragsabschlüssen zu den noch fehlenden Privatgrundstücken zu rechnen sei. Herr Beigeordneter Merkator antwortet in Vertretung von Herrn Beigeordneten Sitte, dass, sobald die Baulandumlegung abgeschlossen sei, die Verträge unterzeichnet würden.

Frau Flegel erläutert, dass ihres Wissens nach 13 der 15 Eigentümer gegen die Baulandumlegung seien. Sie fragt nach, wie die Verwaltung damit umgehe und bis wann das Verfahren abgeschlossen sei. Frau Beigeordnete Grosse erläutert, dass der Abschluss für das erste Halbjahr 2017 avisiert sei; sofern es Einsprüche gäbe, könne dies jedoch auch länger dauern.

Punkt 15 **Internetgeschwindigkeit im Wirtschaftspark Hechtsheim (CDU)**
Vorlage: 1403/2016

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 16 **Nutzung der Wirtschaftswege nach Konzerten auf dem Messegelände in Hechtsheim (CDU)**
Vorlage: 1404/2016

Zu der vorliegenden Antwort von Frau Beigeordneter Eder fragt Herr Gerster nach, ob künftig keine größeren Veranstaltungen mehr durchgeführt würden und wer hierüber entscheide. Zum Zweiten bittet er um Mitteilung, wer für Schäden an solchen nicht gewidmeten Straßen, die nicht der Verkehrssicherungspflicht entsprächen, hafte. Frau Beigeordnete Eder erklärt, dass

größere Konzerte – wie beispielsweise das Grönemeyer-Konzert – in absehbarer Zeit nicht mehr durchgeführt würden. Was die Frage der Schadensregulierung angehe, so hafte der jeweilige Verursacher.

Punkt 17 **Beobachtung von Vereinen durch den Verfassungsschutz (CDU)**
Vorlage: 1405/2016

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 18 **Beschädigung Rinneplatten Saarstraße (CDU)**
Vorlage: 1406/2016

Auf Nachfrage von Herrn Neger, ob sich die 30.000,00 € Bruttokosten auf die Reparatur oder die Gesamtmaßnahme beziehen und ob diese abgeschlossen sei, teilt Frau Beigeordnete Eder mit, dass die Antwort schriftlich nachgereicht werde.

Punkt 19 **Probleme beim Bau der Mainzelbahn und im Straßenbahnverkehr (CDU)**
Vorlage: 1408/2016

Unter Bezugnahme auf die Antwort zu Nr. 8 fragt Frau Flegel nach, ob zusätzliche Maßnahmen für die Gleisstabilität getroffen würden. Frau Beigeordnete Eder verweist hierzu auf die nächste Sitzung des Aufsichtsrates, in der ein ausführlicher Bericht zum Schienennetz vorgesehen sei. Natürlich habe die Verwaltung kein Interesse daran, die Geschwindigkeit der Straßenbahnen zu reduzieren.

Punkt 20 **Straßenmusik im öffentlichen Raum (CDU)**
Vorlage: 1409/2016

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte wird zur Kenntnis genommen. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 21 **Schäden am Zentrum für Baukultur (CDU)**
Vorlage: 1410/2016

Herr Dr. Eckhardt bittet die Verwaltung, noch einmal zu überprüfen, ob diese Fläche (Antwort zu Nr. 6) wirklich im Eigentum der GVG stehe. Herr Oberbürgermeister Ebling sagt dies zu.

Punkt 22 **Erweiterung Wertstoffhof Emy-Roeder-Straße (FW-G)**
Vorlage: 1412/2016

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 23 **Planung Bürgerhäuser (FW-G)**
Vorlage: 1414/2016

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 24 **Stellenstreichung in der Lehrerschaft (FW-G)**
Vorlage: 1415/2016

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Punkt 25 **Taubertsbergbad (ÖDP)**
Vorlage: 1417/2016

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Leinen, ob für das Jahr 2016 tatsächlich noch kein Zuschuss ausgezahlt worden sei, wird dies von Herrn Bürgermeister Beck bestätigt.

Punkt 26 **Mitnahme von E-Scootern in Bus und Straßenbahn**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: 1418/2016

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 27 **Stand Asylverfahren bei Geflüchteten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1419/2016

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 28 **Verpflegung an Kindertagesstätten und Schulen (DIE LINKE)**
Vorlage: 1420/2016

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Punkt 29 **Übersetzte Informationen an Kindertagesstätten (DIE LINKE)**
Vorlage: 1422/2016

Auf Nachfrage von Xander Dorn, warum eine Übersetzung bisher noch nicht vorgenommen worden sei, antwortet Herr Beigeordneter Merkator, dass bisher noch kein Bedarf bestanden habe.

Punkt 30 **Datenumgang bei Verwaltung und stadtnahen Betrieben (DIE LINKE)**
Vorlage: 1423/2016

Auf Zusatzfrage von Herrn Proske, warum die Frage nicht auch an die stadtnahen Betriebe weitergegeben worden sei, erläutert Herr Oberbürgermeister Ebling, dass dies zu einem hohen Aufwand geführt hätte und deshalb hiervon abgesehen worden sei.

Punkt 31 **Kulturentwicklungskonzept Mainz (SPD)**
Vorlage: 1425/2016

Die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 32 **Zuschüsse für den Badebetrieb Taubertsbergbad und Mombach (DIE LINKE)**
Vorlage: 1427/2016

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 32.1 **Infrastrukturmanagement: Baustellen besser koordinieren (ÖDP)**
Vorlage: 1428/2016

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Moseler, wie sich die Diskrepanz der Antworten zwischen den Antworten zu 1. und 4. erklären lasse, erläutert Herr Oberbürgermeister Ebling, dass feststehe, dass auf jeden Fall Kosten entstehen. Lediglich die Frage nach der genauen Höhe könne zurzeit nicht beantwortet werden.

Punkt 33 **Fragestunde**

Fragen einzelner Ratsmitglieder wurden nicht gestellt.

Punkt 43 **Doppelhaushalt 2017 / 2018 (Verwaltungsentwurf)**

Punkt 43.1 **Stellenplan 2017/2018**
Vorlage: 1161/2016

Punkt 43.2 **Doppelhaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2017/2018**
(Verwaltungsentwurf)
Vorlage: 1358/2016

Herr Oberbürgermeister Ebling und Herr Bürgermeister Beck bringen den Haushaltsplan einschließlich des Stellenplans für die Jahre 2017/2018 in den Stadtrat ein und wünschen den Fraktionen gute Beratung.

Die Verwaltungsvorlagen vom 18.08.2016 bzw. 28.09.2016 sind Gegenstand der Beratung.

Anträge

Punkt 34 **Kostenfreies WLAN in Mainz weiter ausbauen (CDU)**
Vorlage: 0938/2016/1

Der CDU-Antrag wird von Herrn Gerster begründet. Für die Fraktionen nehmen Herr Kinzelbach (SPD), Frau Binz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Koppius (FDP) Stellung. Dabei wird der Antrag gestellt, die Vorlage an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.

Dem Überweisungsantrag wird bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit zugestimmt.

Punkt 35 **Sicherung des Einzelhandels durch Änderung der Satzung der Stellplatzverpflichtungen (Mainzer Bürgerfraktion)**
Vorlage: 1096/2016

Herr Stumpf begründet den Antrag der Mainzer Bürgerfraktion. In den Stellungnahmen von Herrn Dr. Eckhardt für die CDU und Herrn Koppius für die FDP wird signalisiert, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Der Antrag wird sodann bei zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 36 Umsetzung der Möglichkeiten der neuen Gemeindeordnung
(Mainzer Bürgerfraktion)
Vorlage: 1118/2016

Punkt 36.1 Änderungsantrag: Umsetzung der Möglichkeiten der neuen
Gemeindeordnung (Mainzer Bürgerfraktion)
Vorlage: 1118/2016/1

Die Neufassung dieses Antrages wird durch Herrn Prof. von Stuhr begründet. Ohne weitere Aussprache lehnt der Stadtrat den Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller – bei zwei Enthaltungen – mit großer Mehrheit ab.

Punkt 37 Taubertsbergbad - Weiterbetrieb sichern
(gem. Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Vorlage: 1389/2016

Punkt 37.1 Änderungsantrag von DIE LINKE und ÖDP zu gem. Antrag:
Taubertsbergbad - Weiterbetrieb sichern
(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
Vorlage: 1389/2016/1

Der gemeinsame Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von den Herren Hafner, Baglan, Helm-Becker und Strutz begründet. Die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen ÖDP und DIE LINKE übernehmen Herr Dr. Moseler und Herr Proske, der Einzelabstimmung der einzelnen Punkte des Hauptantrages beantragt.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck wird zunächst der Änderungsantrag bei sechs Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Sodann erfolgt die Einzelabstimmung des Hauptantrages:

Punkt 1 wird einstimmig zugestimmt. Punkt 2 wird mit Mehrheit (vier Gegenstimmen, eine Enthaltung) zugestimmt. Punkt 3 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 38 Elterninitiativen stärken (CDU)
Vorlage: 1397/2016

Punkt 38.1 gem. Änderungsantrag (SPD, B90/GRÜNE, FDP) zu: Elterninitiativen stärken
(CDU)
Vorlage: 1397/2016/1

Frau Siebner begründet für die CDU-Fraktion den Antrag und erklärt, dass man sich dem Änderungsantrag der Ampel anschließen könne. Der Änderungsantrag wird sodann von Frau Westrich (SPD), Frau Dr. Littig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Willius-Senzer (FDP) begründet. Für DIE LINKE nimmt Xander Dorn Stellung.

Nach kurzem Statement von Herrn Beigeordneten Merkator wird der gemeinsame Änderungsantrag einstimmig beschlossen.

Punkt 39 **QR-Codes auf ausgewählten Stelen zur Mainzer Geschichte (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**
Vorlage: 1421/2016

Nach der Begründung des gemeinsamen Antrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP durch Frau Kracht, Frau Pfeifer und Herrn Strutz, erklärt Herr Dr. Reinbold für die CDU-Fraktion, dass man dem Antrag zustimmen könne.

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird sodann einstimmig beschlossen.

Punkt 40 **Männliche Erzieher und Lehrer in Mainz fördern (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**
Vorlage: 1424/2016

Punkt 40.1 **Ergänzungsantrag (DIE LINKE) zu Männliche Erzieher und Lehrer in Mainz fördern (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**
Vorlage: 1424/2016/1

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Frau Willius-Senzer, Frau Westrich und Herrn Viering begründet. Die Begründung des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE LINKE übernimmt Xander Dorn.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Merkator wird der gemeinsame Antrag einstimmig beschlossen. Der Ergänzungsantrag wird bei sechs Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 41 **Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts (DIE LINKE)**
Vorlage: 1426/2016

Punkt 41.1 **Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1426/2016/1

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird von Herrn Proske begründet. Die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages erfolgt durch Frau Gill-Gers (SPD), Frau Jaensch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Willius-Senzer (FDP). Für die CDU-Fraktion nimmt Frau Odenweller Stellung und signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag, dem Hauptantrag könne jedoch nicht zugestimmt werden. In seiner Stellungnahme für die ÖDP-Fraktion beantragt Herr Dr. Moseler, die Anträge an den Fachausschuss zu verweisen. Für die Verwaltung nimmt Herr Beigeordneter Merkator Stellung.

Der Überweisungsantrag wird sodann bei sechs Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt. In einer weiteren Abstimmung wird der gemeinsame Änderungsantrag einstimmig – bei zwei Enthaltungen – beschlossen.

TEIL II

Punkt 66 Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 42 Sachstandsberichte

Punkt 42.1 Sachstandsbericht zu Antrag 0919/2015/1 von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Ergänzungsantrag 0919/2015/2 CDU; hier: Informationsportal zum Thema Flüchtlinge Vorlage: 0937/2016

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Die Anträge sind erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.06.2016.

Punkt 42.2 Sachstandsbericht zu Antrag 1475/2011 CDU; hier: Zukunftskonzept Mehrgenerationenwohnen Vorlage: 1159/2016

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Eine Wiedervorlage erfolgt in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.08.2016.

Punkt 42.3 **Sachstandsbericht zu Antrag 1525/2015 (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) sowie Anfrage 1461/2012;**
hier: Klimafreundliche, soziale und barrierefreie Stadtentwicklung
Vorlage: 2136/2015

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig, den Antrag in drei Jahren erneut aufzurufen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.09.2016.

Punkt 42.4 **Sachstandsbericht zu Antrag 1339/214 der CDU;**
hier: Grün- und Freizeitflächen in der Stadt Mainz - Zwischenbericht
Vorlage: 1265/2016

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Wiedervorlage in zwei Jahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 44 **Dezernatsverteilung**
Vorlage: 0680/2016

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Dezernatsverteilung mit Wirkung vom 25.05.2016 gemäß § 50 Abs. 4 GemO einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2016.

Punkt 45 **Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und sonstigen Gremien der Landeshauptstadt Mainz**
Vorlage: 1283/2016

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (zwei Gegenstimmen) die Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und die sonstigen Gremien der Stadt Mainz entsprechend der Vorlage mit Ausnahme des § 14, der in der bisherigen Fassung bestehen bleibt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2016.

Punkt 46 **Übertragung der Aufgabe Beschaffung und Betrieb von E-Government-Basissystemen**
Vorlage: 1098/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei einer Enthaltung – die Übertragung der Aufgabe „Beschaffung und Betrieb von E-Government-Komponenten“ auf den ZIDKOR.

Der Zweckverband wird beauftragt, ein Vergabeverfahren zur Beschaffung einer E-Government-Middleware durchzuführen und den Betrieb der Komponenten für einen Evaluationszeitraum von zwei Jahren ab dem 01.01.2017 sicherzustellen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.08.2016.

Punkt 47 **Umsatzsteuer**
hier: Option im Sinne von § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz (UStG)
Vorlage: 1201/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

Der Ausübung der Option im Sinne von § 27 Abs. 22 UStG durch die Stadt Mainz wird zugestimmt. Bis auf weiteres, jedoch längstens bis zum 31.12.2020, werden die Tätigkeiten oder Leistungen der Stadt Mainz, die der Besteuerung unterliegen, auf Basis von § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung besteuert. Spätestens ab 01.01.2021 erfolgt die Besteuerung auf Basis von § 2b UStG.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 48.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Wohnbau Mainz GmbH;**
hier: Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Abschlussprüfung 2016 der
Wohnbau Mainz GmbH sowie ihren Tochtergesellschaften
Vorlage: 0922/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG, Frankfurt am Main, zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der Wohnbau Mainz GmbH und ihren Tochtergesellschaften sowie des Konzernabschlusses 2016 der Wohnbau Mainz GmbH.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.08.2016.

Punkt 48.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Stadtwerke Mainz AG;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 0924/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen über:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Mainz AG (SWM) mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 11.294 T€ und einem Bilanzgewinn i. H. v. 13.829 T€;
2. die Verwendung des Bilanzgewinns i. H. v. 13.829 T€ für eine Bruttodividende i. H. v. 7.000 T€ und einen Gewinnvortrag i. H. v. 6.829 T€. Von der Bruttodividende entfallen 6.641 T€ auf die Aktionärin Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH und 359 T€ auf die Aktionärin Stadt Mainz;
3. die Entlastung des Vorstands der SWM für das Geschäftsjahr 2015;
4. die Entlastung des Aufsichtsrats der SWM für das Geschäftsjahr 2015;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der SWM für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.09.2016.

Die Ratsmitglieder Sabine Flegel, Hannsgeorg Schönig, Alexandra Gill-Gers, Martin Kinzelbach, Dr. Eckart Lensch, Katharina Binz, Sylvia Köbler-Gross, Jasper Proske und Walter Koppius nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK);**
hier: Überarbeitung des Standards (Stand: 17.04.2013)
Vorlage: 1088/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Änderung des Mainzer Public Corporate Governance Kodex (Stand: 17.04.2013).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.08.2016.

Punkt 48.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH;**
hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 1099/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 1.167.323,31 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 180.834,45 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den sich aus dem Verlustvortrag zum 31.12.2015 i. H. v. 78.946,61 € und dem Jahresfehlbetrag zum 31.12.2015 i. H. v. 180.834,45 € ergebenden Betrag i. H. v. 259.781,06 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage auszugleichen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,

4. die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015,
5. den Prüfbericht der DORNBACH GmbH, Mainz, über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Dr. Gerd Eckhardt, Claudia Siebner, Karin Trautwein, Alexandra Gill-Gers, Ruth Jaensch und Ute Wellstein nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen, WFB Fertigung + Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH;**
hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 1103/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der WFB Fertigung & Service – Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 25.809.458,34 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 499.082,89 € bzw. einem Bilanzverlust i. H. v. 359.576,14 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Bilanzverlust zum 31.12.2015 i. H. v. 359.576,14 € aus den anderen Gewinnrücklagen zu entnehmen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015,
5. den Prüfbericht der ATAX Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Claudia Siebner und Ruth Jaensch nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH;**
hier: Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Abschlussprüfung 2016
Vorlage: 1109/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48.7 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Wohnbau Mainz GmbH;**
hier: Jahresabschluss der Wohnbau Mainz GmbH zum 31.12.2015
Vorlage: 1126/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnbau Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2015;
2. die Entlastung der Geschäftsführung;
3. die Entlastung des Aufsichtsrates;
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, den Jahresüberschuss der Wohnbau Mainz GmbH in Höhe von 2.763.977,23 € auf neue Rechnung vorzutragen;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der Wohnbau Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.06.2016.

Die Ratsmitglieder Dr. Peter Tress, Karin Trautwein, Claudia Siebner, Martin Kinzelbach, Johannes Kломann und Thorsten Lange nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.8 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Jobperspektive Mainz gGmbH;**
hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 1129/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Jobperspektive Mainz gGmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 63.885,93 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 96.266,46 €,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. den Prüfbericht der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016

Punkt 48.9 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz GmbH;**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: 1135/2016

Der Stadtrat stimmt gemäß § 89 Abs. 2 i. V. mit § 89 Abs. 6 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz einstimmig der Bestellung der Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfergesell-

schaft, als Abschlussprüfer für die Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG) zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48.10 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM);**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1153/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.896.595,78 €;
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, 2.500.000,00 € an die Gesellschafterin Stadt Mainz auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 1.396.595,78 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen;
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015;
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Marc Antonin Bleicher, Dr. Gerd Eckhardt, Klaus Hafner, Ansgar Helm-Becker, Daniel Köbler, MdL, Sylvia Köbler-Gross, Martina Kracht, Prof. Felix Leinen, Dr. Eckardt Lensch, Kurt Mehler, Dr. Christine Pohl, Wolfgang Reichel, Hannsgeorg Schönig, Harald Strutz, Heinz-Werner Stumpf und Dr. Peter Tress nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.11 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Kulturzentren Mainz GmbH (KMG);**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1154/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Kulturzentren Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 6.870.986,79 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 186.239,56 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresfehlbetrag für das Jahr 2015 i. H. v. 186.239,56 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage, nach deren vorherigen Dotierung, auszugleichen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,

4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48.12 **Wirtschaftliche Beteiligungen, mainzplus CITYMARKETING GmbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1155/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der mainzplus CITYMARKETING GmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 3.897.842,26 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 1.828.438,18 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresfehlbetrag für das Jahr 2015 i. H. v. 1.828.438,18 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage auszugleichen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015,
4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
5. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Katharina Binz, Xander Dorn, Sabine Flegel, Henning Franz, Klaus Hafner, Sylvia Köbler-Gross, Martina Kracht und Karin Trautwein nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.13 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Mainzer Aufbaugesellschaft mbH (MAG);**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1162/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Mainzer Aufbaugesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 584.650,39 €;
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, den Jahresüberschuss in Höhe von 584.650,69 € auf neue Rechnung vorzutragen;
3. die Entlastung Geschäftsführer Martin Dörnemann und Christian von der Lühe für das Geschäftsjahr 2015;
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CONCEPT Renkes & Partner mbB über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Ansgar Helm-Becker, Martin Kinzelbach und Hannsgeorg Schöning nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.14 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM);**
hier: Bestellung einer Wirtschaftsprüferin bzw. eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der ZBM und ihrer mehrheitlichen Tochtergesellschaften, außer der Mainzer Stadtwerke AG und ihrer mehrheitlichen Tochtergesellschaften, und des Konzernabschlusses 2016 der ZBM
Vorlage: 1172/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen

die Bestellung der BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der ZBM und ihrer mehrheitlichen Tochtergesellschaften, außer der Mainzer Stadtwerke AG und ihrer mehrheitlichen Tochtergesellschaften, und des Konzernabschlusses 2016 der ZBM.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48.15 **Wirtschaftliche Beteiligungen: TechnologieZentrum Mainz GmbH;**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015
Vorlage: 1193/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der TechnologieZentrum Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 3.786.612,16 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 10.513,03 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, die Kapitalrücklage i. H. v. 1.132.573,51 € mit dem Jahresfehlbetrag 2015 i. H. v. 10.513,03 € zu verrechnen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015,
4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
5. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfergesellschaft Rhein-Nahe Treuhand GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Die Ratsmitglieder Katharina Binz und Dr. Peter Tress nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.16 **Wirtschaftliche Beteiligungen: TechnologieZentrum Mainz GmbH;**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: 1194/2016

Der Stadtrat stimmt gemäß § 89 Abs. 2 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz der Bestellung der Rhein-Nahe Treuhand GmbH als Abschlussprüfer für die TechnologieZentrum Mainz GmbH zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 48.17 **Wirtschaftliche Beteiligungen; WFB Fertigung & Service - Werkstätten für be-**
hinderte Menschen Mainz gGmbH;
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrags
Vorlage: 1198/2016

Der Stadtrat nimmt die Änderung des Gesellschaftsvertrags der WFB Fertigung & Service – Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 49 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-
leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1239/2016

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendung 0042/2016 aus 2016 wird einstimmig zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

- Punkt 50** **4. Fortschreibung des Zentrenkonzepts Einzelhandel - Fortschreibung Mainzer Sortimentsliste**
Vorlage: 0644/2016
- Punkt 50.1** **Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 0644/2016 "4. Fortschreibung des Zentrenkonzepts Einzelhandel – Fortschreibung Mainzer Sortimentsliste“ (CDU)**
Vorlage: 1431/2016
- Punkt 50.2** **Änderungsantrag zur gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Bau- und Sanierungsausschusses am 29. September 2016 und zur Stadtratssitzung am 4. Oktober 2016 zur Beschlussvorlage 0644/ 2016 – Zentrenkonzept Keine Streichung des Fahrradhandels aus dem Zentrenrelevanten Sortiment (ÖDP)**
Vorlage: 1433/2016

Bei drei Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen wird der Änderungsantrag der ÖDP mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (31 : 21 : 0 Stimmen) die 4. Fortschreibung des Zentrenkonzeptes Einzelhandel mit der Fortschreibung des Mainzer Sortimentsliste entsprechend der Vorlage und die anschließende Abstimmung der Vorlage mit der Regionalplanung gem. Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV.

Mit Mehrheit lehnt der Stadtrat den Ergänzungsantrag der CDU ab.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.09.2016 sowie die dazugehörigen Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge.

- Punkt 51** **Einrichtung einer neuen städtischen Kindertagesstätte in der Mainzer Neustadt, Zollhafen**
Vorlage: 0536/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Einrichtung einer städtischen Kindertagesstätte mit sieben Gruppen mit 105 Plätzen für Kinder im Alter von acht Wochen bis zum Schuleintritt in der Mainzer Neustadt.

Die Plätze werden in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz aufgenommen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.08.2016.

Punkt 52 **Fortführung und Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Römerquellen-Treff, Mainz-Finthen in den Jahren 2017 – 2020 im Rahmen des neuen Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus**
Vorlage: 1156/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass das Mehrgenerationenhaus Römerquellen-Treff für die gesamte Programmlaufzeit (01.01.2017 bis 31.12.2020) Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumorientierung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ist.

Der Träger des Mehrgenerationenhauses, das Diakonische Werk Mainz-Bingen, erhält, vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes durch die Aufsichtsbehörde, für 2017/2018 jährlich einen Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von jeweils 18.614 €. Darin ist der für die Bewilligung der Bundesförderung erforderliche Kofinanzierungsanteil (Kommune, Land) i. H. v. mindestens 10.000 € jährlich enthalten. Die Aufwendungen (jährlich 18.614 €) wurden bereits im Rahmen der Haushaltsplanungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 angemeldet. Für die Haushaltsjahre 2019/2020 ist beabsichtigt, den für die Bewilligung der Bundesförderung erforderlichen Kofinanzierungsanteil in die Haushaltsplanungen aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.08.2016.

Punkt 53 **Einrichtung eines Zweiten Mehrgenerationenhauses in Mainz und Förderung des Trägers Stadtteiltreff Gonsenheim e.V. im Rahmen des neuen Bundesprogramms MGH in den Jahren 2017 – 2020**
Vorlage: 1157/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, dass das Mehrgenerationenhaus Stadtteiltreff Gonsenheim für die gesamte Programmlaufzeit (01.01.2017 bis 31.12.2020) Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumorientierung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ist.

Der Träger des Stadtteiltreffs Gonsenheim, Stadtteiltreff Gonsenheim e.V., erhält, vorbehaltlich der Genehmigung des Doppelhaushaltes durch die Aufsichtsbehörde, für 2017/2018 jährlich einen Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von jeweils 10.000 €. Dies entspricht dem für die Bewilligung der Bundesförderung erforderlichen Kofinanzierungsanteil (Kommune, Land). Die Aufwendungen (jährlich 10.000 € aus den Zuschussmitteln für die Gemeinwesenarbeit) wurden bereits im Rahmen der Haushaltsplanungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 angemeldet.

Für die Haushaltsjahre 2019/2020 ist beabsichtigt, den für die Bewilligung der Bundesförderung erforderlichen Kofinanzierungsanteil in die Haushaltsplanungen aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.08.2016.

Punkt 54 **Erweiterung der Grundschule Schillerschule in Mainz-Weisenau hier: Verlagerung der Grundschule Schillerschule an den Standort der ehem. Friedrich-Ebert-Schule**
Vorlage: 1102/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass die notwendige Erweiterung der Grundschule Schillerschule am Standort der ehemaligen Hauptschule Friedrich-Ebert-Schule durchgeführt und die Grundschule Schillerschule von der Portlandstraße 26 zur Friedrich-Ebert-Str. 57a verlagert wird.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.08.2016.

Punkt 55 **Bebauungsplanverfahren "B 163" (Aufstellung, Planstufe I) Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Guttschänke Weyer - VEP (B 163)"; hier:**
- Entscheidung über die Einleitung gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0878/2016

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit zum o. g. Bebauungsplanverfahren:

1. die Einleitung des VEP auf der Grundlage der vom Investor erstellten Planungen gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe I
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2016.

- Punkt 56** **Bebauungsplanentwurf "Römersteine / Backhaushohl (O67)"**
hier:
-Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren
gem. § 13 a BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem.
§ 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren
- Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange
- Durchführung der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 1220/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
2. die Vorlage in Planstufe I,
3. die Durchführung der frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren,
4. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten,
5. die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

- Punkt 57** **Straßenbenennung in Mainz-Neustadt, hier: Bebauungsplan „Neues Stadt-**
quartier Zoll- und Binnenhafen“ N 84
Vorlage: 1147/2016

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei zwei Gegenstimmen), die neu entstehenden Straßen im Bebauungsplan N 84 „Neues Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen“ wie folgt zu benennen:

Straße A: **An der Hafensbahn**
Straße C: **An den Rheinwiesen**
Straße D: **An den Grachten**

Insel A: **Kaufmannshof**
Insel B: **Flößerhof**
Insel C: **Lotsenhof**
Insel D: **Fischerhof**

Platz 1: **Rotterdammer Platz**
Platz 2: **Tony-Simon-Wolfskehl-Platz**
Platz 3: **Baseler Platz**

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.08.2016.

Punkt 58 **Antrag der Paul Parey Invest GmbH vom 15.01.2016 zur Einleitung eines Verfahrens für den Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) „Medienwerkstatt mit Studierendenwohnheim“ gem. § 12 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes „Kisselberg (G 112)“;**
hier: Ablehnung des Antrages gem. § 12 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 0577/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag der Paul Parey Invest GmbH vom 15.01.2016 zur Einleitung eines Verfahrens für den Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) „Medienwerkstatt mit Studierendenwohnheim“ gem. § 12 Abs. 2 BauGB abzulehnen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2016.

Punkt 59 **Beitritt der Stadt Mainz zum Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit "Interregional Alliance for the Rhine-Alpine-Corridor EVTZ"**
Vorlage: 1197/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen den Beitritt der Stadt Mainz zum Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit „Interregional Alliance for the Rhine-Alpine-Corridor EVTZ“. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das zuständige rheinland-pfälzische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau die Genehmigung zum Beitritt erteilt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.09.2016.

Punkt 60 **Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld**
Änderungsantrag 1671/1/2013 der Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
Vorlage: 1251/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Änderungsantrag 1671/1/2013 der Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP für erledigt zu erklären.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

Punkt 61 **Handlungsstrategie Elektromobilität**
Genehmigungsverfahren E-Ladeinfrastruktur
Vorlage: 1263/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur „Handlungsstrategie Elektromobilität“ und dem vorgelegten Genehmigungsverfahren zur E-Ladeinfrastruktur zuzustimmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

Punkt 62 **Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Schönbornstraße**
Vorlage: 1269/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den verkehrsberuhigten Bereich einzurichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

Punkt 63 **Beschlussvorlage zu Antrag Nr.0403/2016 der SPD Ortsbeiratsfraktion**
Mainz-Weisenau;
hier: verkehrsberuhigter Bereich in der Mönchstraße
Vorlage: 1235/2016

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, den verkehrsberuhigten Bereich einzurichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

Punkt 64 **Antrag Nr. 0894/2016 ÖDP-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Oberstadt;**
Verkehrsberuhigter Bereich in der Bretzenheimer Straße
Vorlage: 1247/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den verkehrsberuhigten Bereich einzurichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2016.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 65 Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Punkt 65.1 Gremienbesetzungen Vorlage: 0005/2016

Der Stadtrat wählt bzw. entsendet einstimmig die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Ausschüsse und sonstigen Gremien.

1. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von StRM Thorsten Lange

StRM Ann Kristin Pfeifer
in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion wird als Stellvertretung

StRM Claus Berndroth
in das o. g. Gremium gewählt.

2. Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie

(10 25 07 / 176)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von StRM Antje Kuessner und Caroline Blume

StRM Ann Ute Wellstein und
StRM Thorsten Lange sowie
Caroline Blume (Stellvertretung)
in das o. g. Gremium gewählt.

3. Unterausschuss Flughafenerweiterung und Fluglärmenschutz

(10 25 07 / 22-1)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von Caroline Blume

Tobias Wittig sowie
Caroline Blume (Stellvertretung)
in das o. g. Gremium gewählt.

4. Fluglärmbeirat Layenhof

(10 25 07 / 174)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von Caroline Blume

Tobias Wittig sowie
Caroline Blume (Stellvertretung)
in das o. g. Gremium gewählt.

5. Werkausschuss Entsorgungsbetrieb

(10 25 07 / 159)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von Caroline Blume und StRM Antje Kuessner

**StRM Ansgar Helm-Becker und
Martin Schykowski sowie
Caroline Blume (Stellvertretung)**
in das o. g. Gremium gewählt.

6. Verkehrsausschuss

(10 25 07 / 179)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Caroline Blume

**StRM Ansgar Helm-Becker sowie
Caroline Blume (Stellvertretung)**
in das o. g. Gremium gewählt.

7. Rechnungsprüfungsausschuss

(10 25 07 / 82)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Antje Kuessner

David Nierhoff
in das o. g. Gremium gewählt.

8. Bau- und Sanierungsausschuss

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von StRM Antje Kuessner

StRM Ann Kristin Pfeifer
in das o. g. Gremium gewählt.

9. Werkausschuss GWM

(10 25 07 / 156)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Antje Kuessner

Martin Schykowski
in das o. g. Gremium gewählt.

10. Zweckverband Lennebergwald

(10 25 07 / 123)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von StRM Antje Kuessner

StRM Katharina Binz

in das o. g. Gremium gewählt.

11. Zweckverband Layenhof /Münchwald

(10 25 07 / 170)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von Caroline Blume

Hans-Helmut Ludewig sowie

Caroline Blume (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

12. Städteausschuss Mainz-Wiesbaden

(10 25 07 / 100)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Antje Kuessner

StRM Daniel Köbler, MdL

in das o. g. Gremium gewählt.

13. Ausschuss für Frauenfragen

(10 25 07 / 55)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird

StRM Ann Kristin Pfeifer

in das o. g. Gremium gewählt.

13. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird

StRM Ann Kristin Pfeifer

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion wird als Mitglied

Heike Leidinger-Stenner

in das o. g. Gremium gewählt.

14. Kuratorium Gutenberg-Stipendium

(10 25 07 / 132)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird

StRM Ann Kristin Pfeifer

in das o. g. Gremium gewählt.

15. Kuratorium Gutenberg-Preis

(10 25 07 / 101)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird

StRM Dr. Sabine Littig

in das o. g. Gremium gewählt.

16. Theaterbeirat

(10 25 07 / 150)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von
StRM Dr. Sabine Littig

Matthias Gill

in das o. g. Gremium gewählt.

17. Regionalvertretung Planungsgemeinschaft

(10 25 07 / 75)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von
StRM Antje Kuessner

StRM Christian Viering (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

18. Werkausschuss KDZ

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag des Personalrates werden

als Nachfolgerin von Herrn Mornhinweg

Manuela Pittalis und

als Nachfolger von Frau Pittalis

Steffen Stork (Stellvertretung) sowie

als Nachfolger von Herrn Eiser

Christian Metzler (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

19. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag Verwaltung wird als Nachfolger von Herrn Göbel

Andreas Pötter (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

20. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion werden

StRM Claus Berndroth (Mitglied) und

Heike Leidinger-Stenner (zus. Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

21. Klimaschutzbeirat

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion wird als Stellvertretungen

StRM Kurt Mehler und

Heike Leidinger-Stenner

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.10.2016.

Punkt 65.2 **Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.** **Vorlage: 1330/2016**

Der Stadtrat wählt/entsendet/benennt die nachfolgenden Mitglieder und Stellvertretungen:

Verwaltungsrat Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden als Nachfolger von Caroline Blume und StRM Antje Küssner

StRM Ansgar Helm-Becker und
StRM Christian Viering

in das o.g. Gremium gewählt.

Für die beiden Verwaltungsratsmitglieder StRM Ansgar Helm-Becker und StRM Christian Viering werden als **Stellvertreter**

Martin Schykowski und **Caroline Blume** benannt.

Aufsichtsrat Wohnbau Mainz GmbH

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Antje Küssner

StRM Christian Viering

in das o.g. Gremium entsandt.

Aufsichtsrat Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Caroline Blume

StRM Thorsten Lange

in das o.g. Gremium gewählt.

Verwaltungsrat Sparkasse Mainz

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Antje Küssner als persönlicher Stellvertreter von Herrn Günter Beck

StRM Christian Viering

in das o.g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.09.2016.

Punkt 67 Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Vorlagen eingereicht.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schriftführung